

Ein Forum der Superlative und der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ging am 16.11. in Paris zu Ende.

2. Europäisches Sozialforum

Rund 50000 Menschen waren zum 2. Europäischen Sozialforum in die französische Hauptstadt gekommen, doch wer sich auch nur halbwegs einen Überblick über die 55 Plenarsitzungen, 270 Seminare und 300 Arbeitsgruppen verschaffen wollte, verbrachte mehr Zeit in der U-Bahn, als in den Zelten, Rathäusern, alten Markthallen oder auch Konferenzräumen, die die Organisatoren in vier verschiedenen Gemeinden errichtet oder angemietet hatten. Waren vor einem Jahr in Florenz zumindest die Hauptveranstaltungen noch an einem Ort konzentriert, mussten nun weite Wege mit der U-Bahn zurückgelegt werden, um in die verschiedenen Zentren des Geschehens zu kommen. Und selbst an einigen Veranstaltungsorten lagen die Räume alles andere als nah beieinander.

Das war für die Besucher oft aufreibend, lässt aber auch die Löwenaufgabe erkennen, die die Organisatoren zu bewältigen hatten. In einigen Fällen wie in Saint-Denis konnten sie dabei auf die tatkräftige Mithilfe der linken Stadtverwaltung rechnen, die das Rathaus und andere Einrichtungen zur Verfügung stellte und selbst parallel zum ESF ein Forum für Kommunalpolitiker organisierte.

Die Vielfalt der Themen reichte von radikaler Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen für

alle über den Zusammenhang zwischen Welthandelsorganisation und Gentechnik bis zu den Rechten von Einwanderern und der restriktiven, nicht selten tödlichen Politik der EU gegen Flüchtlinge. In vielen Seminaren und Arbeitsgruppen kam dabei die Rede



immer wieder auf die geplante EU-Verfassung. Die sei, hieß es am Sonntag in einer Erklärung der sozialen Bewegungen, ein neoliberales Projekt, das den Wettbewerb in den Verfassungsrang erhebe und zudem noch die Militarisierung und Aufrüstung festschreibe. Daher gerät der Verfassungsvertrag, der am 9. Mai feierlich in Rom unterzeichnet werden soll, immer mehr ins Visier von Gewerkschaften und Friedensorganisationen. In Italien, Frankreich, Dänemark und anderen Ländern laufen bereits Kampagnen dagegen an.

Weitere wichtige Themen auf dem ESF waren die Besetzung des Irak und Israels Politik in den besetzten palästinensischen Gebieten. An den Diskussionen nahmen auch palästinensischer Vertreter und Sprecher der irakischen Opposition teil. Letztere nutzten die

ost zu ethnisieren oder religiös umzuinterpretieren.

Auffällig oft war auf verschiedenen Treffen vom Generalstreik die Rede. Selbst auf dem Treffen der deutschen Delegation konnten sich viele für ihn begeistern, nur die anwesenden Gewerkschafter kippten ein wenig Wasser in den Wein. Man solle seine Ziele nicht zu hoch stecken, meinte z. B. Bernt Kamin, Betriebsratsvorsitzender im Hamburger Hafen. Aber die Betriebe müssten unbedingt politisiert und eine Bewegung gegen Sozialkassenschlag von unten aufgebaut werden.

Auffallend war die kämpferische Stimmung unter den vielleicht 500 Teilnehmenden der deutschen Versammlung. Ganz offensichtlich hat die Demonstration am 1. November vielen reichlich Hoffnung gemacht, auch in Deutschland sei die Zeit der Friedhofsruhe vorbei. Daher war es vielen deutschen ESF-Teilnehmern besonders wichtig, dass man sich in Paris auf einen europaweiten Aktionstag gegen Sozialabbau einigt.

Und dann war da natürlich noch die Abschlussdemonstration am Samstag. Motto: »Für ein Europa der Rechte in einer Welt ohne Krieg.« Die 100000, die dort zusammenkamen, waren ein bunter Haufen: Prostituierte, die für die vollständige Legalisierung ihres Gewerbes auf die Straße gingen; ein sehr großer Block der Sans Papiers; mehrere Trecker der Confédération Paysanne, verschiedene linkssozialistische Parteien, Attac-Gruppen aus allen Ecken des Kontinents und viele, viele Gewerkschafter aus allen möglichen europäischen Ländern. Die IG-Metall-Vertrauensleute von VW Wolfsburg hatten eigens einen Bus nach Paris organisiert, um für die 30-Stunden-Woche zu demonstrieren. Eines der beherrschenden Themen des Demozugs waren indes Krieg und Besetzung im Irak und in Palästina.

Man einigte sich darauf, den 20. März 2004 in Absprache mit der US-Friedensbewegung zum internationalen Aktionstag zu machen. Die Hauptforderungen sind der Abzug der Besatzer aus dem Irak und die sofortige Wiederherstellung der Souveränität des irakischen Volkes.

Der Aktionstag richtet sich auch gegen die Besatzungspolitik Israels und insbesondere die Mauer durch die Westbank. In einigen Ländern wie Griechenland, Italien und auch Großbritannien werden sich die Gewerkschaften in größerem Umfang an den Antikriegsaktionen beteiligen.

Anlässlich der verheerenden Anschläge auf zwei Synagogen in Istanbul verabschiedete die Versammlung der sozialen Bewegungen eine Erklärung, die Antisemitismus klar verurteilt, aber auch vor Antiarabismus warnt und klar stellt, dass die sozialen Bewegungen kein Interesse daran haben, die bestehenden Konflikte in Nah-

Wolfgang Pomrehn

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75-77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**
 Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

Die Sozialistische Zeitung (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen

Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesell-

schaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirkli-

chung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ